

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 3.00 Mark auswärts einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Halle-Zeitung eingetragen. Für unvollständige eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Halle-Zeitung' gestattet.

Senats der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1149, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4605.

Halle-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

werden die 6spaltige Anzeigenspalte oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Seite 1 Uhr. Schluss der Anzeigenannahme amsonntag 11 Uhr, für die Sonntagsnummer ebenfalls 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit diese zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint täglich zweimal Sonntags einmal. Geschäftsleitung und Anzeigen-Abteilung: Halle a. S., Brühlstraße 17. Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 324.

Halle, Freitag, den 13. Juli

1917.

Feindliche Vorstöße zurückgeschlagen.

Was uns not tut.

Der parlamentarische Bloß, der in Bezugungsausübung wertvolle Arbeit geleistet hat, ist kein festes Gefüge. Vier Parteien von individueller Prägung fanden sich bei der Behandlung einzelner Fragen zusammen. Ihr Zusammenwirken hat große Fortschritte erreicht; doch wenn man daraus für die Zukunft Hoffnungen zieht, dann darf man keine Erwartungen nicht übermäßig hoch spannen, weil es viele Punkte gibt, in denen die Anhänglichen innerhalb der Bloßpartei — wenn man diese Bezeichnung auf das vorläufig noch lose Gebilde anwenden kann — erheblich voneinander abweichen.

Es ist zwar eine Legende, wenn man immer wieder unter dem Hinweis auf England das Zweiparteiensystem für eine notwendige Voraussetzung der Parlamentarisierung hält. In England selbst kommt es ja nicht mehr zur Geltung, seit die Trenn und die Arbeiterpartei die liberale Partei stützen müßten, um ihr die Übernahmehilfe der Regierung zu ermöglichen. Und in Frankreich ist die Vielgeartetheit des Parteilebens kaum kleiner als bei uns. Auch in Italien gibt es seit Bestehen der parlamentarischen Regierung kein Zweiparteiensystem. Und es geht, trotz allem, auch so.

Simmerhin ist die Stabilität einer parlamentarischen Regierung stark gefährdet, wenn bei allen Differenzpunkten und bei jeder neu auftauchenden Frage Kabinettskrisen entstehen und die bisherige Mehrheit in die Brüche gehen kann. Und es ist daher wünschenswert, daß die Parteienkarte nicht zu vielfarbig ist, da sonst der Fall eintreten kann, daß kleine Parteien mit einer ganz geringen Anhängerschaft schließlich ausschlaggebend für eine Wahlrechtsänderung werden und damit Kompromisse notwendig sind, die eine Berücksichtigung von Wünschen kleiner Gruppen erfordern, hinter denen die Mehrheit des Volkes nicht steht.

Von den vier Parteien, die sich jetzt zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen haben, werden Sozialdemokratie und Zentrum ihre individuelle Prägung nicht aufgeben. Wenn man also eine Verminderung der Parteien anstrebt, ist sie nur durch einen Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien zu erwarten. Und die Vorbereitungen für einen solchen Zusammenschluß sind in die Wege getreten. Die Meinungsverschiedenheiten, die die Nationalliberalen von den Fortschrittlichen in der Wahlrechtsfrage trennen, sind heute behoben. Mögen einzelne differenzieren, die große Mehrheit der Nationalliberalen wird sich zweifellos auf den Boden des gleichen Wahlrechts stellen, wo die Fortschrittlichen von jeher gestanden haben. In den kommenden Kämpfen würde diese Majorität durch einen Zusammenschluß nur gestärkt. Und es würde für das Eigenleben der Partei keine Aufgabe einer in dieser Frage gemeinsam mit der Fortschrittspartei das Ziel zu erreichen laßt, das ihre Mehrheit ohnehin zu gehen gewillt ist. Wer in der nationalliberalen Partei das gleiche Wahlrecht ablehnt, wird es auch tun, wenn ein Zusammenschluß der liberalen Parteien nicht erfolgt.

In der Frage der Parlamentarisierung unserer Regierungsform ist die Sachlage eine ähnliche. Unter Führung des Abgeordneten Dr. Stresemann hat im Verlaufe des Krieges bereits eine größere Zahl der Nationalliberalen die bisherige Regierungsform verlassen, und die Kraft der Nation durch die verantwortliche Mitarbeit der Parteien an der Reichs- und Staatsleitung eine Stärkung erfahren würde. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die Reihen der Anhänger des parlamentarischen Systems im nationalliberalen Lager mit jedem Tage verstärken. Auch hier würde der Zusammenschluß keinem prinzipiellen Nebenben mehr befehlen, bliebe doch die Stellung der Gegner der Parlamentarisierung die gleiche, ob sie nun innerhalb der nationalliberalen oder innerhalb einer großen liberalen Partei stehen.

Die Frage der Friedenspolitik scheint momentan noch trennend zwischen der Partei zu stehen; doch ist auch der Unterschied in ihrer Stellung nicht so groß, daß nicht eine Brücke zur Verständigung geschlagen werden könnte. Handelt es sich doch mehr um taktische und vielleicht noch graduelle Meinungsverschiedenheiten als um Prinzipien. Auch innerhalb der nationalliberalen und der Fortschrittspartei werden sich verschiedene Ansichten darüber ergeben, ob und in welcher Form eine Erklärung der Reichstagsmehrheit mit Rücksicht auf die Wirkung nach innen und außen wünschenswert ist. Die Ansäuerung darüber ist rein individuell und wird sich nicht in einen Parteiarbeitsplan spannen lassen; doch ist es entschieden wirksamer, wenn die gesamte Vertretung des liberalen Deutschland ein einheitliches Botschaft abgibt, als wenn sich innerhalb des Liberalismus Spaltungen zeigen, die auf den, der die Situation nicht genau kennt, befremdend wirken müßten. Dadurch, daß die nationalliberale Partei ihren Mitgliedern freistellt, die Erklärung über die Friedenspolitik der Zustimmung annehmen oder ablehnen, hat sie ausdrücklich anerkannt, daß es sich hierbei um eine „nationalistische“, sondern um eine rein individuelle Überzeugung handelt.

Amthlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Juli.

Weltlicher Kriegsgeschichtsplan.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der holländischen und Artois-Front war in mehreren Abschnitten bei guter Sicht der Feuerkampf stark. Feindliche Vorstöße östlich von Nieupoort, südlich von Ypern, bei Zulluch und südlich der Scarpe wurden zurückgeschlagen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. Wieder war die Kampfsichtigkeit der Artillerie in der westlichen Champagne erheblich gesteigert; auch auf dem linken Maasufer erstreckte sich das Feuer abends große Stiefweite. An der Höhe 304 nahmen Sturmtruppen in frischem Draufgehen die von feinde am 8. Juli zurückeroberten Gräben wieder. Die Besetzung wurde niedergemacht, ein Teil gefangen zurückgeführt.

Die von uns in den Kämpfen am 28. Juni gemonnenen Stellungen in 4 Kilometer Breite sind einseitiglich des Vorstoßes damit wieder voll in unserer Hand. Trotz heftiger Gegenwirkung brachte ein Etendungs-vorstöß bei Pevrony uns Gewinn an Gefangenen und Beute.

Seeresgruppe Herzog Albrecht. Die Lage ist unverändert. In zahlreichen Aufkämpfen verloren die Gegner 17 Flugzeuge, zwei weitere durch Abschreiter. Oberleutnant Ritter v. Aufhäuser, der am 12. Juli zwei feindliche Flugler zum Absturz brachte, erlang gestern durch Abschuß eines Feindesalons den 16. Luftpfeil.

Deftlicher Kriegsgeschichtsplan. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. An der Duna, bei Szeged und an der Schyssa war die Geschichtstätigkeit reger; auch westlich von Bucz lebte sie insofern eigener Etendungsversuche zeitweilig auf. Südlich des Donjeit sind an mehreren Stellen der Donica-Binie russische Angriffe zum Scheitern gebracht worden.

An der Front des Generalobersten Erzherzog Joseph, und bei der Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Wadenstein drangen nach stärkerem Feuer mehrfach feindliche Aufklärungsabteilungen gegen unsere Stellungen vor; sie sind überall abgewiesen worden.

Wazedonische Front. Deftlich der Abde Platinia löste ein bulgarischer Vorstoß örtliche Gegenangriffe aus; sie schlugen unter Verlusten fehl. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Wieder 24 000 Tonnen!

Berlin, 12. Juli. (Amthlich.) Neue U-Boote-Erfolge in der Biscaya und im Englischen Kanal: 24 000 Brutto-Registertonnen.

Unter den verentten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Adahy“ (4397 T.) mit Südgut von Kanada nach Liverpool, der bewaffnete französische Dampfer „Barr“ (1271 T.) mit Südgut von Dakar nach Fécamp, die französische Segler „Alexandre“ mit Holz von Texas nach Fécamp, „La Tour d'Aragon“ mit Fischladung nach La Rochelle, der portugiesische Dampfer „Cabo Verde“ (2220 T.) mit Lebensmitteln für die französische Militärverwaltung in Bordeaux. Die Ladungen der übrigen Schiffe befanden, soweit sie festgelegt werden konnten, aus Kohlen, Erz und Erdöl.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Deutsche U-Boote in Nordschwedens Gewässern.

Kopenhagen, 12. Juli. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Aus Nordschweden werde berichtet, daß in den dortigen Gewässern deutsche U-Boote tätig seien. Gerüchweise werde gemeldet, es seien mehrere Dampfer aufgebracht worden, darunter der schwedische Dampfer „Norland“ und der Dampfer „S. v. Vinne“. Letzterer sei von einem deutschen U-Boote angehalten worden, habe aber die Erlaubnis zur Weiterreise erhalten.

Wichtige militärische Fragen für die Balkan-Konferenz.

Ueber die militärische Seite der in Paris zur Beratung gelangenden Balkanfrage sagt „Corr. della Sera“: Sie seien bereits grundlichlich gelöst durch den Beschluß der Entente-Mächte, die Truppen gleichzeitig sowohl aus dem Otranto als auch aus Thessalien zurückzuführen. Nur Korfu könne wegen seiner strategischen Bedeutung für den Krieg in der Adria nicht aufgegeben werden. Die wichtigste Frage sei jedoch die, was mit dem Erentheze geschehen solle, ob es seine neue Stellung mit Einschluß von Monofit behalten solle oder ob es aus Sicherheitsgründen angezeigter sei, sich in das besetzte Lager von Salomiti zurückzuziehen.

Es bliebe dann nur noch die Frage der künftigen Wirtschaftspolitik, die Schwierigkeiten bereiten könnte, da die Nationalliberalen begeisterte Anhänger der bisherigen Schutzpolitik waren, während auf dem fortschrittlichen Programm ein Abbau der Zölle stand. Die Schwierigkeiten sind jedoch nicht unüberwindlich. Die Fortschrittspartei hat den Zolltarif vom 1. März 1906 mit aller Geduld befolgt, um neue Verhandlungen des Kontinums zu verhindern. Sie hat aber sich stets auf den Boden gegebener Tatsachen gestellt und den Veränderungen des Wirtschaftslagens Rechnung getragen. Man weiß in fortschrittlichen Kreisen genau so gut wie in nationalliberalen, daß eine Erörterung dieser Fragen vorläufig bedeutungslos ist, da wir zunächst die Verhandlungen mit unseren Verbündeten zu einem gewissen Abschluß bringen und uns später nach der Situation richten müssen, die uns der Friedensschluß bringt. Nicht in können nur sein eine Zoll- und Handelspolitik, die uns die Wiedereroberung des Auslandsmarktes ermöglicht, und eine Lebensmittelpolitik, die der Volksernährung keine Schwierigkeiten bereitet, da die Kriegslasten sonst die schwerste Gefährdung unserer Volksernährung und Volkserziehung im Gefolge haben würden.

Diese Richtlinien sind für beide Parteien durchaus annehmbar, und die Zusammenarbeit beider Parteien könnte dabei nur nützlich sein.

Schwermiegende Bedenken liegen also einem Zusammenschluß weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht entgegen, und der Liberalismus wird in Deutschland an Gewinn gewinnen, wenn er nicht mehr gespalten, sondern fest geschlossen seine politischen Anschauungen vertritt. Wir können heute von Personenfragen ganz absehen, obwohl ohne Zweifel Dr. Stresemann, der berufen scheint, die Führung in der nationalliberalen Partei in absehbarer Zeit zu übernehmen, fähig in seinem Gesamtprogramm der Fortschrittspartei ziemlich nahe steht. Es wird vielleicht den Parteien schwer noch nicht ganz leicht, in diesem Zusammenschluß eine Sicherung ihrer politischen Zukunft zu sehen, und es mag daher begründet sein, wenn man vordringend von einer Fusion, die die Parteienorganisationen vermischt, abstieht. Doch ist eine parlamentarische politische Arbeitsgemeinschaft, wie sie dem Zusammenschluß der Fortschrittsparteien vorzuziehen, zweifellos möglich und als Übergang zu empfehlen.

Die Parteien zur Lage.

Von unserem Parlamentsberichterstatter wird uns geschrieben: Berlin, 12. Juli 1917. Am Reichstag waren heute obwohl keine Plenarsitzung stattfand, doch viele Abgeordnete anwesend, um sich über die politischen Vorgänge auf dem laufenden zu halten. Zahlreiche Gruppen sah man in den Wandelgängen in eifrigem Gespräch. Das Schicksal der preussischen Wahlrechtsfrage bildete neben der Reichstagsliste natürlich den Mittelpunkt aller Besprechungen.

In fortgeschrittenen Kreisen glaubt man, wenn die Regierung diesmal fester auftritt als bei der letzten Wahlrechtsfrage, eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht im Abgeordnetenhaus zu erzielen sein wird. Man rechnet mit der einmütigen Zustimmung des Zentrums, das ja nach seiner ganzen Vergangenheit für das gleiche Wahlrecht eintreten muß, und nur auf die Abzögerlichkeit einer Gruppe des rechten Bürgers bei den Nationalliberalen, die aber nicht statt genug sein dürfte, um der Mehrheit, in der sich die beiden konservativen Parteien befinden, zur Mehrheit zu verhelfen, also eine Mehrheit, wenn auch eine knappe Mehrheit. Im Herrschen wird die Vorgabe eventuell durch Anwendung des Präzedenzes auf alle Fälle durchgedrückt werden können. Eine feste und einschneidende Haltung der Regierung ist schon deshalb zu erwarten, weil das preussische Ministerium doch sehr eifrig durch Erneuerung von Anhängern des gleichen Wahlrechts zu Ministern umgewandelt werden wird. Auch der freikonservative Abgeordnete Freiherr von Jellisch, der im Reichstag erschien und mit dem Führer der Konservativen dem Abgeordneten v. Siedebrom, und dem Zentrumsführer Herzog längere Besprechungen hatte, äußerte sich dahin, daß die Aussichten der Wahlrechtsfrage durch die Übernahmehilfe des gleichen Wahlrechts eine Besserung erfahren könnten, wenn er sich hinwende, daß gleichwohl mit Härten und vielleicht auch erfolglosen Widerständen zu rechnen sein werde.

Ueber die Stellung des Reichstags hörte man, daß sie vorläufig gesichert ist. Vieles wurde aber der Meinung Ausdruck gegeben, daß sich Herr von Bethmann-Hollweg doch auf die Dauer nicht werde halten können. Nationalliberale Abgeordnete betrachten die Veröffentlichungen in der Zentrumspresse als einen Beweis dafür, daß das Zentrum die nationalliberalen Anschauungen über den Reichstagsminister im Grunde wesentlich unterstelle.

Der instruktive Austausch hat gestern geendet und wird heute nachmittags 3 Uhr seine Beratungen fortsetzen. Soweit die Friedensumgebung in Betracht kommt, ist man wohl einig, das gegen gehen die Erörterungen über die parlamentarische Regierung noch weiter und werden auch sobald nicht zu Ende kommen, da die hier überwundenen Schwierigkeiten nicht so kurzer Hand gelöst werden können.

In Vertretung des erkrankten Vorsitzenden hat der stellvertretende Vorsitzende des Hauptauschusses des Reichstags, Dr. Siedebrom (Soz.), die nächste Sitzung auf Freitag vormittag 10 Uhr einberufen.

